

BUNDESWEHR RAUS AUS DEN SCHULEN

Die LINKE.RLP lehnt die Kooperationsvereinbarung der rheinland-pfälzischen Landesregierung mit der Bundeswehr ab. Rheinland-Pfalz ist das einzige SPD-geführte Bundesland, in dem eine solche Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen wurde: Ohne Vorankündigung und ohne öffentliche Debatte wird Schulunterricht so zur Lehrstunde für das Militär gemacht.

Wir kritisieren die Einbindung von JugendoffizierInnen in die politische Bildung an den Schulen, in die Ausbildung von ReferendarInnen und in die Fortbildung von LehrerInnen - denn mit der Kooperationsvereinbarung werden die sowieso schon bestehenden Werbemöglichkeiten der Bundeswehr an Schulen noch ausgebaut.

Die LINKE.RLP lehnt grundsätzlich jede Bildungszusammenarbeit zwischen Schule und Bundeswehr ab. Wir wollen Friedenserziehung und keine Propaganda für militärisches Konfliktmanagement, wo schon den Jüngsten in der Gesellschaft vermittelt werden soll, dass Krieg ein geeignetes Mittel der Konfliktlösung sei.

Wir lehnen ab, die Perspektivlosigkeit und wirtschaftliche Not von jungen Menschen in der Phase des Übergangs von der Schule zum Beruf zur RekrutInnenwerbung auszunutzen. Dabei wird die Bundeswehr als normaler Arbeitgeber mit Arbeitsplatzgarantie und Aufstiegschancen dargestellt. Der Auftrag der Bundeswehr ist aber zunehmend der reale Krieg – auch wenn die Bundesregierung solche klaren Begriffe scheut. In Afghanistan führt die Bundeswehr Krieg – aber die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt den dortigen Kriegseinsatz der Bundeswehr ab. Es ist absurd, dass Eltern gleichzeitig damit rechnen müssen, dass ihre Kinder für den Krieg geworben werden.

Immer mehr Soldaten kehren traumatisiert aus Afghanistan zurück. Der Bombenangriff auf die Tanklastzüge war nur einer von vielen auch juristisch fragwürdigen Einsätzen. DIE LINKE.RLP fordert deshalb den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan – statt der Anwerbung von Nachwuchs!

Wir lehnen Rekrutierungen nicht nur in Schulen, sondern auch in den ARGEn, bei Berufsmessen und im Öffentlichen Raum ab.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr sofort zu kündigen.